

# 50 Jahre - und wie weiter?

## Gedanken nach 20 Jahren im GGG-Vorstand

### Lothar Sack

**Wir habe ein Jubiläum begangen, bleibt die**

**Frage: Was haben wir eigentlich gefeiert?**

Klar, die GGG ist 50 geworden. Sie ist aber kein Selbstzweck. Sie gäbe es nicht ohne die Idee der gemeinsamen Schule für alle und ohne die Idee der "Gründerväter", das Auf-Die-Welt-Kommen der Gesamtschule mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative – der GGG – zu unterfüttern und zu begleiten.

### Die Idee

Dabei ist die Idee der Schule für alle sehr viel älter, 1920 forderten die entschiedenen Schulreformer sie auf der Reichsschulkonferenz, sogar die Bezeichnungen Einheitsschule, Gesamtschule, Gemeinschaftsschule wurden bereits in den 20-er und frühen 30-er Jahren synonym verwendet, und es gab damals auch erste praktische "Gehversuche", die die Nazis abrupt beendeten. Nach dem Ende des Krieges wollten die Alliierten in Deutschland ein einheitliches Schulsystem etablieren – das gegliederte System wurde als eine der Ursachen für das Erstarken des Naziregimes angesehen. Das gelang mit der *Polytechnischen Oberschule* in der DDR, in der BRD waren beharrende Kräfte stärker. Die Errichtung integrierter Schulen in nennenswerter Zahl in West-Deutschland begann erst in den späten 60-er Jahren – und hält an: Heute gibt es über 2500 derartige Schulen in Deutschland; die Zahl schwankt je nachdem, welche Schulen man dazu zählt.

Grundlage, ja geradezu "Bibel" für diese Entwicklung im Westen waren die Empfehlungen des deutschen Bildungsrates 1969, *Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen*, die stark die Idee der Gesamtschule geprägt haben. Grund genug, sie etwas näher anzuschauen. Tragen sie heute noch?:

- Alle Schüler sollten in der Sekundarstufe die gleiche Schule besuchen und nicht in frühen Jahren auf einen Schulabschluss festgelegt werden;
- ein Abitur I sollte die Sekundarstufe I abschließen.
- Alle Schüler sollten integriert, gemeinsam unterrichtet werden.
- Die Schule war als (gebundene) Ganztagschule gedacht.
- Eine Grundstufe war „wünschenswert“, eine (nicht nur gymnasiale) Oberstufe „in der Regel“ vorgesehen.
- Mit fortschreitendem Alter sollten die Schüler stärker ihre Lernentwicklung und ihren Schuldurchlauf selbst steuern, bis sie in der Oberstufe aus einem modularen Kursangebot die Kurse wählen, die für ihren angestrebten Abschluss geeignet sind, und das ohne Jahrgangsbindung und bei individueller Verweildauer in der Schule.
- Weitere Überlegungen bezogen sich auf eine Curriculum-Revision – u.a. Arbeitslehre für alle –
- sowie auf die Errichtung einer Test-Item-Datenbank, um eine Leistungsbewertung objektiver durchführen zu können;
- das traditionelle Beurteilungssystem (informelle Tests, Noten, ..) sollte nur übergangsweise beibehalten werden.

Es finden sich auch Festlegungen, die aus heutiger Sicht in Frage zu stellen sind:

- Sonderschüler blieben explizit ausgeschlossen.
- Für den Umgang mit einer (leistungs-)heterogenen Schülerschaft gab es nur die äußere Leistungsdifferenzierung in den „wichtigen“ Fächern.

- Die Sekundarstufe I wurde in Jahrgängen organisiert - JÜL kommt bis zur Oberstufe nicht vor.
- Selbstbestimmtes und selbstgesteuertes Lernen war nur für die oberen Jahrgänge angedacht und beschränkte sich auf differenzierte Unterrichtsangebote.
- Die möglichst homogen gedachten Unterrichtsgruppe war Grundidee. Die Konsequenz sind große – und damit tendenziell unübersichtliche – Schulen und ein relativ kompliziertes Organisationsgefüge.
- Die Individualität des Lernens zur Grundlage der Lernorganisation zu machen, war nicht beabsichtigt: Insbesondere jüngere Schüler werden nicht als Subjekte ihres Lernens gesehen, sie bleiben Objekte des Unterrichts und seiner Planung. An die Reformpädagogik wurde nicht angeknüpft (auch nicht bei der POS der DDR).

### Die Realisierung

Die Entwicklung ist quantitativ und qualitativ in den Bundesländern sehr uneinheitlich verlaufen:

- In keinem Bundesland ist eine integrierte Schulform flächendeckend eingeführt.
- Kein Bundesland hat die Einbeziehung der Grundstufe ernsthaft in Erwägung gezogen, bestenfalls als Ausnahme hingegenommen (anders seit kurzem in Berlin und Thüringen); in den östlichen Bundesländern ist sie sogar nach 1990 großflächig mit der POS abgeschafft worden.
- In nur wenigen Bundesländern ist eine (nur gymnasiale) Oberstufe integraler Bestandteil der Schule mit den bekannten Problemen der Entwicklung der anderen Schulen zu Restschulen.
- Nicht überall ist sie Ganztagschule.
- Die inhaltlichen Vorstellungen der Oberstufe sind nirgends realisiert, Ansätze dazu wieder abgeschafft.
- In einigen Ländern sind entgegen den Intentionen der Empfehlungen additive Schulformen entstanden, sogar in sich integriert nennenden Schulen.
- Die Vorstellungen zur inneren Struktur hat die KMK übernommen mit den bekannten, bis heute wirkenden Problemen. Teils beste-

hen Verwaltungen auf der äußeren Leistungsdifferenzierung, teils fordern Schulen vehement ihre Abschaffung.

- In einigen Bundesländern ist das Gesamtschulfach Arbeitslehre bis zur Unkenntlichkeit reduziert.

Die wenigen Gemeinsamkeiten der heutigen sich als "Gesamtschulen" (gleichgültig, wie sie aktuell genannt werden) verstehenden Schulen sind:

- Sie umfassen mindestens die Jahrgänge 7 bis 10.
- Sie nehmen alle Kinder und Jugendlichen auf, die sonst die traditionellen Schulformen (H, R, Gy) besuchen.
- Sie führen zu allen Abschlüssen.

Dieses geringe Maß an Gemeinsamkeit findet sich nicht nur bei den offiziell so bezeichneten "Gesamtschulen". Anders benannte "integrierte Schulformen", etwa „Gemeinschaftsschulen“, weisen eine ähnliche Verschiedenheit auf. Bei Gründung vieler dieser Schulen spielte auch eine Rolle, sich gerade von den oben als kritisch beschriebenen Kennzeichen der 1969-er Gesamtschulidee und damit den realisierten Schulformen abzusetzen.

Insgesamt wird auch deutlich, dass die Schulpolitik keine Langfrist-Orientierung hat. Ein stringentes Handeln hin auf ein gesetztes Ziel ist nicht erkennbar.

### Die heutige Situation

Die Situation kann nicht befriedigen: Es gibt Unklarheiten, gar Uneinigkeit unter den Schulen, die sich als *Schule für alle* verstehen. Thematisiert ist dabei auch nicht das Verhältnis "inklusive Schulen" und "exklusiver Gymnasien"; dieser Widerspruch tritt in den Ländern mit einem Zweisäulen-System in aller Schärfe zutage.

### Für mich stellen sich einige Fragen:

- Wie können wir der Gefahr der Zersplitterung der Schulen (und der Menschen), die sich der Idee der Schule für alle verschrieben haben, entgegen wirken?
- Was ist der Inhalt dieser Idee? Welche Vorstellungen der Empfehlungen des Bildungsrates von 1969 tragen dafür heute noch, von welchen sollten wir uns verabschieden?

- Wie muss eine künftige Schule arbeiten, was muss sie leisten, wenn sie die Chance bieten soll, als gesellschaftsbildende Kraft Antworten und Orientierungen zu geben, gar fit zu machen für die Bewältigung der auf uns einwirkenden gesellschaftlichen Herausforderungen? Haben wir bereits ein solches Langfristziel, eine Vision, gar eine (konkrete) Utopie?
- Und wenn wir sie nicht haben, müssen wir sie nicht dringend erarbeiten und in den bildungspolitischen Diskurs einbringen?

Die Bildungspolitik hat eine solche Idee jedenfalls nicht – und wir haben sie, fürchte ich, nur in Ansätzen. Wir haben vielversprechende Versatzstücke, aber was wir nicht haben, ist eine Verständigung darüber. So können wir – wie bei den existierenden Gesamtschulen – nicht sicher sein, dass wir mit denselben Worten dieselben Vorstellungen verbinden. Ich will ansatzweise einen Versuch wagen:

### Die Herausforderungen

Wir stehen vor gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen – oder sind schon mittendrin. Ohne hier in die Einzelheiten gehen zu können, seien genannt:

- die *Digitalisierung*: Sie ist ein Treiber in der Entwicklung der Produktivkräfte und befeuert grundlegende Veränderungen in der Arbeitswelt. Und Datenbesitz als Herrschaftsinstrument droht unser tägliches Leben zu beeinträchtigen.
- die *Globalisierung*: Wächst einerseits die Welt zusammen, droht andererseits eine globale Herrschaft des Geldes mit allen negativen Konsequenzen für eine demokratische Gestaltung.
- die *Bevölkerungsexplosion*: Noch vor wenigen Jahrzehnten stellte Europa bei insgesamt etwas über 2 Mrd. Menschen 25 % der Weltbevölkerung. Die Frage nach der gerechten Welt und unserer Privilegierung stellt sich heute in neuer Schärfe.
- die *Plünderung und Vermüllung unseres Planeten*.

Schon einer der genannten Punkte bietet genug Anlass zur Sorge, umso mehr, wenn sie geballt auftreten: Sie bilden eine explosive Mischung und es ist keineswegs sicher, dass wir un-

beschadet überleben. Angst ist in einer solchen Situation eine natürliche Reaktion. Die Lösung kann aber weder sein, die Uhr zurückdrehen zu wollen – die alten Zeiten kommen nicht wieder – noch sich der Entwicklung tatenlos zu ergeben. Gestaltungswille ist geboten.

Was müssen Menschen können, welche Haltungen und Überzeugungen helfen, die genannten Herausforderungen zu bewältigen, ohne dass gesellschaftlichen Errungenschaften und Freiheitsrechte unter die Räder kommen?

Der Schule kommt als *gesellschaftsbildender Kraft* eine Schlüsselrolle zu. Hier wird ein Bild des zukünftigen gesellschaftlichen Lebens vermittelt, hier werden haltungsbildende Erfahrungen gemacht. Wo anders besteht Gelegenheit für alle Kinder und Jugendlichen,

- eigene Potentiale zu entfalten,
- Lernen als Neugierbefriedigung zu erleben,
- zu erfahren, was Selbstwirksamkeit ist,
- Demokratie-Erfahrungen zu machen,
- Muße zu genießen, ohne sie als Langeweile zu erleben?

Hierfür müssen sich Schüler als Subjekte insbesondere ihrer Lernprozesse erleben und wir Pädagogen sie als solche wahrnehmen, sie unterstützen und ihnen helfen. Das ist ziemlich genau das Gegenteil, als sie in E- und G-Kurse einzuteilen.

### Und die GGG?

Lasst uns den Bundeskongress als „*Aufbruch 2019 - Die Schule als gesellschaftsbildende Kraft*“, ernst nehmen. Lasst uns Impulse aufgreifen und in einen Diskurs, eine Verständigung darüber eintreten, von welchem Menschen- und Gesellschaftsbild wir ausgehen und wie wir uns die Schule der Zukunft vorstellen. Lasst uns das Ergebnis als langfristiges Ziel nehmen. Das ermöglicht jeder Schule die Bestimmung ihres aktuellen Standortes und setzt sie in die Lage, Entwicklungsschritte zu beurteilen: Führen sie hin zum gemeinsamen Ziel oder weg? Und eine solche Vision kann auch Hilfestellung für die Politik sein, sich endlich langfristig zu orientieren und nicht von der Hand in den Mund zu leben.

***Ich finde, das wäre eine nicht einfache, aber angemessene Aufgabe für die GGG. Ich bin gerne bereit, dabei mitzuwirken.***